

» Berlusconi von Oeynhausen «

Zum ersten Mal in Deutschland droht zwei kommunalen Spitzenbeamten **ein Strafverfahren wegen verbotener Spekulationsgeschäfte** – geschätzter Schaden für ihre Stadt: 7,8 Millionen

Als Bad Oeynhausens Bürgermeister Klaus Mueller-Zahlmann (SPD) im September seinen Kämmerer Marco Kindler zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit befördern wollte, sparte er nicht mit Lob: Der Finanzmanager der Stadt zähle „zum Kreis der besonders leistungsstarken Beamten, die sich seit mehreren Jahren auf ihren Stellen bewährt haben“. Eine Einschätzung, die Verwunderung auslöst. Nicht nur bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld. Die hat das Stadtoberhaupt und seinen Protegé wegen schwerer Untreue angeklagt – und damit erstmals in Deutschland die Spitzenbeamten einer Kommune. Das Duo soll der Stadtkasse mit riskanten Zinswetten ein Millionenminus eingebrockt haben. Anfang des Jahres wird die Große Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts über die Eröffnung des Hauptverfahrens entscheiden.

Schon seit Ende der 90er-Jahre setzten immer mehr Stadtober im Land auf sogenannte Swap-Transaktionen, um parallel zur Geldmarktentwicklung ihren Schuldendienst zu managen. Über dieses Finanzkonstrukt suchten sie Zinsen für aufgenommene Kredite zu reduzieren. Zur Hoch-Zeit 2009, so der Bund der Steuerzahler, spielten allein in NRW 188 der 396 Kommunen des Landes „Casino im Rathaus“. Nur wenige Gemeinden operierten erfolgreich im großen Finanzbusiness. Viele, wie Bad Oeynhausen, gerieten immer weiter in die Miesen. Dabei untersteht der Oeynhausener Haushalt seit Jahren einem Haushaltssicherungskonzept und damit der Aufsicht des Kreises Minden-Lübbecke. Aktuell drücken Schulden von 87 Millionen Euro die Stadt.



Angeklagte Vor dem Landgericht Bielefeld wird Klaus Mueller-Zahlmann (l.) und Marco Kindler schwere Untreue vorgeworfen.

Im Rathaus verzockt

Missmanagement

Seit 2004 sind Oeynhausens Bürgermeister und Kämmerer gemeinsam im Amt.

Hohe Schulden

Der mit 87 Mio. Euro verschuldeten Stadt verordnete die Aufsichtsbehörde ein Haushaltssicherungskonzept.

Strafverfahren

Bei bis zu zwei Dutzend Swap- und Devisengeschäften soll der Stadt ein Schaden von 7,8 Mio. Euro entstanden sein.

Tarnen, täuschen und vertuschen.

Anstatt aber die defizitäre Zockerei mit Swap-Deals schnell zu beenden, sattelten Mueller-Zahlmann und Kindler, so der Vorwurf des eigenen Rechnungsprüfungsamts, stetig drauf. Immer wieder aufs Neue löste das Duo Wetten ein. Die Verluste nahmen zu.

Schlimmer noch: Bürgermeister und Kämmerer setzten etwa im Jahr 2007 auf hochspekulative Spread- und Korridor-Swaps. Bei diesen Finanzgimmicks wetten die Investoren auf den Gegensatz zwischen lang- und kurzfristigen Zinssätzen. Laut Gesetzgeber verbotenes Anlageterrain für Kommunen. Mueller-Zahlmann und Kindler schien dies nicht zu kümmern: „... mit jedem neuen Vertrag“, monierten die Revisoren der Stadt, „stieg das Risiko.“ Auf mehr als 100 Seiten hatten die Kontrolleure schon 2008 die riskanten Geldanlagen als „unzulässige Spekulations-

geschäfte“ angeprangert. Zu allem Überfluss entdeckten die Prüfer auch noch eine „schwarze Kasse“, mit der die Stadtspitze ihre Haushaltswächter im eigenen Haus austrickste. Über ein Geheimkonto soll die Rathausführung mindestens drei hochriskante Swap-Geschäfte eingefädelt haben.

Als das Rechnungsprüfungsamt nach zwölfmonatigem Streit das dubiose Geschäftsgebaren der Stadtspitze zur Anzeige brachte, platzte Mueller-Zahlmann der Kragen. „Wie ‚Berlusconi von Oeynhausen‘“, erinnert sich ein Parteigenosse, habe der Bürgermeister sich aufgeführt. Nach einigem Hin und Her wechselte Mueller-Zahlmann die Mitarbeiter seines Prüfungsamts aus.

Den Schaden für die Stadt schätzen Ratsmitglieder bislang auf 7,8 Millionen Euro. Genau beziffern lässt sich das Desaster noch nicht. Eine Reihe der Verträge läuft noch bis 2017 und länger.

Und dann noch die Beförderungssposse um den angeklagten Kämmerer. Trotz des Verdachts auf schwere Untreue will der Bürgermeister seinen mitangeklagten Wettkumpan Kindler zum Leitenden Stadtverwaltungsdi- rektor (A 16) machen. Geschätztes Monatseinkommen: 6100 Euro. Und das in Zeiten, in denen die Oeynhausener harte Sparmaßnahmen hinnehmen müssen.

Eberhard Kanski, Vizelandeschef des Steuerzahlerbunds, reagiert fassungslos: „Mit welcher Dreistigkeit hier vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen, ist mir noch nie untergekommen.“

THOMAS VAN ZÜTPHEN